

Der Hefz wird jährlich bei zweimaliger
Ausgabe 2,50 Mk. durch die Post
...
An amtlichen Belegungen
unter „Saale-Zeitung“ einzuzeigen.
Für unterlagt eingehende Korrespondenz
wird keine Gewähr übernommen.
Korrespondenz mit den Landesangehörigen
„Saale-Z.“ gestattet.

Verleger: der Redaktion Nr. 1149;
der Redaktion - Kabinett Nr. 176; der
Korrespondenz Nr. 1133.

werden die Kassen der Landesstelle
...
Anzeigen
Erhalten täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Nr. Bauhofstraße 17
Korrespondenzstelle: Markt 24.

Saale-Zeitung.

Giebtsundvierzigster Jahrgang.

Nr. 81.

Halle a. S., Dienstag, den 18. Februar.

1913.

Marinegespenster.

Deutsche und englische Unterseebootgeheimnisse.

Die Londoner Presse erhebt sich an dem Phantastische eines neuen deutschen Kriegsschiffstyps, den die Zeitschrift Engineer höchst eigenmächtig erfunden und beschrieben hat. Deutschland experimentiere, so heißt es, seit vier Jahren mit einem Tauchkreuzer, dem Torpedobootzerstörer nicht unähnlich, dessen Deck mit der Seefläche fast gleich sei. Das Schiff führe nur ein Geschütz des schwersten Kalibers, das nur, wenn es feuert, exponiert sei. Das eigenartige Kriegsschiff sei von Erfindern zuerst England angebotene, von diesem abgelehnt und dann von Deutschland angenommen und ausprobiert worden.

An dieser Marinephantastie ist nach unseren Erkundigungen an unterirdischer Stelle tatsächlich etwas Wahres, nämlich daß man nicht in Deutschland, sondern gerade in England verjährt hat, die Idee des Tauchkreuzers in praktische Wirklichkeit umzusetzen und daß auch heute von der englischen Regierung daran gearbeitet wird.

Ende November 1911 stellte die englische Admiralität auf dem von Videns u. Barrow erbauten Unterseeboot „D. 4“ Versuche mit einem Geschütz, einer 7,6 Zentimeter-Schnellabatterie, an. Das Geschütz wurde beim Tauchen des Bootes in das Bootsinne verankert und der Geschützraum durch ein wasserdichtes Lut abgeschlossen; beim Auftauchen erhob sich das Geschütz nach dem Drücken des Luftschlüssels wieder in der Feuerstellung an Deck. Das Geschütz hatte 5000 Meter Schußweite und war in einer Versuchswindlafette montiert, die unmittelbar vor der Kommandobrücke stand. Dieser Plan, Unterseeboote mit Geschützen zu armieren — England will die Boote der G-Klasse mit einem Displacement von 800 Tonnen im untergetauchten Zustande sämtlich mit Geschützen auszurüsten, wenn die Idee sich bewährt —, ist nicht neu. Ein russischer Unterseebootzerstörer von 4500 Tonnen soll ebenfalls, und zwar mit fünf 12 Zentimeter-Geschützen, ausgerüstet werden. Aber schon dieser Versuch beweist, daß Geschütze eine gewisse Bootgröße voraussetzen. Darin liegt ein Nachteil. Denn große Boote sind unhandlich, ganz besonders im Ernstfall mit seinen veränderten Verhältnissen. Die Schwierigkeiten der Armierung der Unterseeboote mit Geschützen sind überhaupt viel größer, als man auf den ersten Blick entdeckt. Das Unterseeboot ist heute und in absehbarer Zeit darauf angewiesen, sich seinen Feinden durch die Flucht unter die Wasserberfläche zu entziehen, und der Tauchzug muß so rasch vor sich gehen, daß der am schnellsten fahrende Gegner nicht auf eine Schußweite mit günstigen Treffwahrscheinlichkeiten herankommt. Führt das U-Boot aber nicht in tauchereitem Zustande, d. h. so, daß es mit einer einzigen Auberbewegung unter Wasser gebracht werden kann, sondern aufgetaucht, d. h. so, daß zum Tauchen Vorbereitungen von 5 bis 10 Minuten Dauer notwendig sind, so ist es während dieser Zeit dem Angriff selbst des schwächsten Gegners schußlos preisgegeben. Sich während dieser verhängnisvollen Minuten gegen die Feinde wehren zu können, das wäre der Zweck der Armierung mit Geschützen.

Es ist nun auffallend, daß sich die Größe der englischen Unterseeboote in den letzten Jahren außerordentlich gesteigert hat, derart, daß sich die Steigerung durch die üblichen Anforderungen des Fortschritts nicht erklären lassen. Die Boote der 1908 bis 1910 gebauten G-Klasse haben eingetaucht 330 Tonnen Verdrang, die der D-Klasse (von 1910/12) haben bereits 615 Tonnen, die der seit 1911 im Bau befindlichen E-Klasse sind gar auf 810 Tonnen angewachsen. Ein im Bau befindliches englisches Unterseeboot des Laurenti-Typs und drei Boote der verbesserten E-Klasse sollen an Größe und Ausrüstung bedeuten die älteren Boote übertreffen und für längere Hochseefahrten geeignet sein: sie erhalten Schwerdynamoren und zwei Schnellabatterie. Es ist ferner ein offenes Geheimnis, daß die Durchschlagskraft zwischen Calais und Dover von 14 englischen Unterseebooten und 3 französischen „Sous-marins“ bewacht wird; eine zweite französische Flotte liegt in der Höhe des Hafens von Cherbourg. Deutschland besitzen diese Anstrengungen aber vorläufig noch bezüglich wenig. Es ist nicht daran zu denken, daß ein Unterseeboot großen Schiffen oder selbst Torpedobooten gegenüber mit nennenswertem Erfolge von seiner Artillerie Gebrauch machen könnte; dazu sind Faßl und Kaliber der mit Rücksicht auf Raum, Gewicht und Stabilität überhaupt aufstellbaren Geschütze zu gering.

Es gibt zurzeit andere Gespenster, auf die wir in Deutschland zu achten haben. In Danzig ist wegen verlusten Landesverrats der Ingenieur Segel verhaftet worden. Er war im Konstruktionsbureau der Kaiserlichen Flotte, Abteilung Unterseeboote, beschäftigt und steht jetzt in dem Verdacht, Pläne zu den neuesten Unterseebooten nach Frankreich und England angeboten zu haben. Dieser Mann, der sich widerrechtlich den Dokortitel beigele, der sich durch falsches Zeugnis seine Stellung erschlichen hatte, dem auch andere Betrügereien, Heiratsschwindel usw. zur Last gelegt werden, hatte die Bearbeitung der neuesten

Konstruktionen und Zeichnungen der deutschen Unterseeboote 27 und 30 unter sich! Man traue seinen Augen nicht, wenn man da sehen muß, wie leicht und einfach die geheimsten Dienstangelegenheiten der deutschen Marine in die Hände eines Schwunders und Spions gelangen. Hier sind Gespenster, und die Marineverwaltung täte gut, sie durch offene Aufklärung und energisches Eingreifen raschstens zu verheuen!

Das „Echo de Paris“ über die deutsch-englischen Beziehungen.

Das „Echo de Paris“ schreibt über die Beziehungen zwischen England und Deutschland: Sobald der Reichstag und das deutsche Volk im nächsten Monat sehen werden, daß Deutschland die englische Vorherrschafft vor See unter allen Umständen gewahrt wissen will, und ein Stärkerhältnis nicht von 16:10, sondern von 100:10 verlangen wird, die Begeisterung für England bedeutend abkühlen werde.

Attentat auf Enver-Bei?

London, 17. Februar.

Die „Central News“ erhielten ein Funkentelegramm aus Konstantinopel, daß gestern Abend ein Attentat auf Enver-Bei verübt wurde. Er wurde schwer verwundet.

Nach in London eingetroffenen Nachrichten hat sich Enver-Bei, nachdem die von ihm organisierte Landung von Truppen in Gallipoli mißlungen war, auf das Kriegsschiff „Haireddin-Barbarossa“ begeben, weil er die Raute gemißer Offiziere fürchtete, die ihm den Tod Nazim Paschas nicht verzeihen können. Die ganze Expedition, die sich auf 45 Transportschiffe verteilte, liegt vorläufig untätig in der Nähe der Küste von Gallipoli verankert. Die Kriegsschiffe „Torgut Reis“, „Seiraddin-Barbarossa“, „Medjidje“ und sechs kleinere hatten Wachen über sie. Die Vorbereitungen zur Landung der Truppen waren vollkommen ungenügend. Seit dem 8. d. M. lag die Flotte vor Tscharkoff, endlich gelang es, etwa 4000 Mann zu landen. Aber die Bulgaren entdeckten, was vor sich ging, und die Türken mußten schleunigst auf ihre Schiffe zurückgehen. Was man jetzt mit der aus etwa 25 000 Mann bestehenden Expedition vor sich hat, ist unbekannt. Die Transportschiffe sind zum Teil sehr alt und wenig für die Expedition geeignet. Auf dem Wege von Konstantinopel war das Transportschiff Nr. 40 ledig geblieben. Das Wasser strömte in solcher Menge ein, daß der Kapitän zuerst Geschütze und Munition über Bord werfen und später das Schiff auffahren ließ, um die Mannschaften zu retten. Die Expedition ist schlecht verproviantiert und alle Veruche, in Gallipoli Vorräte aufzutreiben, schlugen fehl. Nach einer anderen Meldung ist Enver-Bei, nachdem seine Truppen gegen seine Oberbefehl demonstriert hatten, letzten Donnerstag wieder nach Konstantinopel zurückgekehrt. Die Griechen sollen bei Alajata in der Bucht von Besika Bai in Kleinasien 40 000 Mann gelandet haben.

Deutsches Reich.

Der Jesuitenvertrag des Zentrums im Reichstag.

Im Reichstag steht die Beratung des Jesuitenvertrages unmittelbar bevor. Der erste Schwerpunkt lag letzten Mittwoch auf die schnelle Erledigung des sozialdemokratischen Wahlrechtsantrags gebracht, der zweite Schwerpunktstag, der nach den Beschlüssen des Senatorenkonvents am 19. Februar fällt, ist, gehört der zweitgrößten Partei, dem Zentrum, und diese hat schon erklärt, daß sie den Jesuitenvertrag auf die Tagesordnung setzen werde.

Eingebracht wurde der Antrag, der die Form eines Gelegenheitsgesetzes hat und demnach mindestens zwei Lesungen bedarf, zu Beginn der Sitzungen des neuen Reichstages im Frühjahr 1912. Er lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetzesentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Gesetz betr. die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 (R. G. B. von 1872 S. 283).“

Der Reichstag wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetzesentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Gesetz betr. die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 (R. G. B. von 1872 S. 283).“

1. Das Gesetz betr. den Orden der Gesellschaft Jesu, vom 4. Juli 1872 (R. G. B. S. 283) wird aufgehoben.

2. Die zur Ausführung und zur Sicherstellung des Vollzugs des in § 1 genannten Gesetzes erlassenen Anordnungen verlieren ihre Gültigkeit.

3. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Urkundlich usw. Gegeben usw.

Es verdient Beachtung, daß das Zentrum seit Aufhebung von § 2 des Jesuitengesetzes im Jahre 1904 mit diesem Antrag zum ersten Male vor dem Reichstag erscheint. Sollte acht Jahre hat es ihn ruhen lassen, und nun soll mit seinem Erscheinen gar das Sein oder Nichtsein eines Reichstagsantrages verknüpft werden.

Es steht am 19. Februar ein großes Stück deutscher Zukunft auf dem Spiele. Der Jesuitenvertrag ist ein Pfeiler und Schulorden. Soll er freie Bahn erhalten, um die deutsche Schule, die deutsche Bildung seitlich zu durchbrechen, soll er ausgerückt mit der politischen Macht des Zentrums die Führung im Kampf um die Schule übernehmen, um zum Schaden der deutschen Erziehung die

Gegenläge so zu verschärfen, daß auch hier der innere Krieg aller gegen alle an die Stelle gedächlicher Friedensarbeit tritt? Mögen sich alle bürgerlichen Parteien sagen, wieviel auf dem Spiele steht.

Geistliche Gerichtsbarkeit.

Ein Fall geistlicher Gerichtsbarkeit, der wie eine Episode aus dem Mittelalter anmutet, ist jetzt durch ein Urteil der römischen Rota aus der letzten Instanz zu seinem Abschluß gekommen. Es handelt sich um eine Klage, die der Vater Dr. Froberger gegen die Trierer Petrusblätter bei dem Bischoflichen Offizial in Trier angestrengt hatte, weil die Petrusblätter ein Zitat aus dem Basler Konkordat wiedergegeben hatten, worin Dr. Froberger zu den „Goniz“ oder Halbmodernisten“ gerechnet werden kann. Man beachte hierbei, daß der Erlass des Papstes über die geistliche Gerichtsbarkeit selbst dann hier nicht in Frage gekommen wäre, wenn er für Deutschland Gültigkeit hätte; denn weder der Verleger noch der verantwortliche Redakteur der Petrusblätter sind geistliche. Trotzdem nahm das Trierer Offizial diese Klage eines Ordensmannes gegen Laten an und verurteilte die Redaktion der Petrusblätter wegen Beleidigung Dr. Frobergers nicht nur zu einer Ehrenreklamation, sondern auch zu 100 Mark Geldstrafe! Die Reurteilten beruhigten sich hierbei aber nicht, sondern wandten sich an dem Trierer Offizial übergedruckte Instanz, die Rota Romana, und diese hat jetzt das Urteil für null und nichtig erklärt. Bemerkenswert ist die Wichtigkeit, die in dieser Anwendung der geistlichen Gerichtsbarkeit gegenüber der staatslichen liegt. Daß eine Beleidigungsklage gegen eine Redaktion vor einem geistlichen Gericht anhängig gemacht wird und dieses Gericht sogar auf eine Geldstrafe erkennen kann, ist ein Stück mittelalterlicher Staatsphantasie, das für den modernen Staatsgedanken unerträglich ist.

Kirche und Feuerbestattung.

Infolge der Agitation des Feuerbestattungsvereins und der Hirtensbriefe der Bischöfe von Metz und Straßburg gegen die Feuerbestattung beschloß sich die öffentliche Meinung in Elsass-Lothringen zurzeit lebhaft mit dieser Frage. Das Direktorium der Kirche Augsburger Konfession veröffentlicht folgenden Beschluß des Oberkonkordiums:

Die Mitwirkung der Kirche bei Feuerbestattungen nach denselben Grundsätzen zu gewähren, wie bei Beerdigungen. Ein Geistlicher der seine persönliche Mitwirkung aus Gemütsbedenken verweigern zu müssen glaubt, ist verpflichtet, für die Mitwirkung eines fremden Pfarrers die erforderliche Erlaubnis zu geben.

Kaiser und Flotte.

Glückwunsch des Kaisers für den „Feldwebel als Doktor“.

Der Kaiser hat, wie der Korrespondenz „Heer und Politik“ von militärischer Seite mitgeteilt wird, Anlaß genommen, dem Bezirksfeldwebel H a u s i d t, der vor kurzem das Doktordiplom erhielt, seinen Glückwunsch auszusprechen. Der Kaiser-Wilhelm-Dank hat dem Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Geheimen Kabinettsrat v. Valentini, das eine Exemplar der Doktorarbeit Hauschidts mit der Bitte überreicht, die Dissertation dem Kaiser aus Anlaß seines Geburtstages überreichen zu wollen. Daraufhin ist aus dem Geheimen Zivilkabinettsrat des Kaisers folgendes Schreiben eingetroffen:

„Eure Excellenz beehrte ich mich in Erwiderung des gefälligen Schreibens vom 24. d. M. ganz ergeben mitzutteilen, daß ich es nicht unterlassen habe, Seiner Majestät dem Kaiser und Könige das eingedachte erste Exemplar der Doktorarbeit des Bezirksfeldwebels Hauschidts vom hiesigen Bezirkskommando 5 über „Die soziale Lage der Bezahlung der deutschen Hochseefischerzehrzeuge“ vorzulegen, und Allerhöchstdemselben über den Lebenslauf des Genannten Vortrag zu halten.

Seine Majestät geruhen mit lebhaftem Interesse von dem Werdegang des Doktors der Staatswissenschaften Hauschidts Kenntnis zu nehmen, haben das überreichte erste Exemplar seiner Doktorarbeit gern angenommen und lassen Eure Excellenz erlennen, dem Genannten zu seinem schönen Erfolge Allerhöchstdemselben Glückwunsch auszusprechen. v. Valentini.“

Kopf- und Personalnachrichten.

Der Kaiser machte Montag vormittag dem Reichsfanzler einen Besuch. Mittags empfing der Kaiser den Prinzen Karol von Rumänien zur Abschiedsaudienz. Der Prinz nahm später das Frühstück bei dem Prinzen und der Prinzessin Cäcilie Friedrich in Potsdam. Er legte Montag Abend nach Budapest zurück.

Fürstliche Gäste zum Regierungsjubiläum des Kaisers. Aus Wien meldet ein Telegramm der Post, Ztg.: Anlässlich des zehnjährigen Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelms wird in Berlin der König von Italien Viktor Emanuel mit dem Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand zusammenzutreffen, da Erzherzog Franz Ferdinand in Vertretung des Kaisers an dem Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms gleichfalls teilnehmen wird. — Für den Besuch des dänischen Königsparades wird das offizielle Programm in den nächsten Tagen festgelegt werden. Es verläutet, daß der Empfang mit einem Zeremoniell vor sich gehen wird, wie es selbst in Berlin ungewöhnlich ist. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der dänische Ministerpräsident den König begleiten wird, wie es heißt, um hier an leitender Stelle über eine Mitwirkung der Dänischen gegenüber den dänischen Opanten in Nordfriesland zu verhandeln.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., den 18. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 17. Februar.

Am Vorstandstisch die Herren Justizrat Föhrling, Kaufmann Probst und Rentier Knabe. Eingegangen ist eine Einladung des I. Kommunalen Bezirksvereins zum Winterfest. Ferner liegt eine Anfrage des Herrn St. G. Hünter vor folgenden Wortlaut:

Auf der Höhe des Klausberges wird zurzeit ein Bohrloch von rund 35 Zentimeter Durchmesser zur Entlastung des Hauptamblers beim dort anzulegenden Rettungsstator eingetrieben. Es wird befürchtet, daß durch dieses Entlastungsrohr widerliche Klagen derartige emporsteigen und dadurch den Aufenthalt in den dortigen Anlagen unmöglich machen, zumal schon die Erklärungen Papierfabrik genug zur Verpeilung der Luft beiträgt. Der Magistrat wird ersucht, sich hierzu zu äußern. Die Verammlung beschließt, den Antrag einstweilen zurückzulassen, bis sich der Magistrat geäußert haben wird. Punkt 1 betrifft den Antrag auf

Erhöhung der Magistratsgehälter.

Herr St. Probst führt aus: Die Herren Stadtverordneten Föhrling und Gen. beantragen, das Gehalt für die Magistratsmitglieder für die Zeit vom 1. April 1913 ab neu zu regeln und insbesondere folgendes für:

- a) den Oberbürgermeister auf 18 000 Mk. — statt bisher 15 000 Mk. — neben 3000 Mk. Repräsentationsgeldern;
- b) für den Bürgermeister auf 14 000 Mk. — statt bisher 12 000 Mk. —; die Erhöhung um 2000 Mk. ist eine persönliche, nicht pensionsfähige Zulage, fortfallend mit der Person des derzeitigen Stellvertreters;
- c) für die Stadtdirektoren auf 8000 Mk. — statt bisher 7000 Mk. —, steigend alle drei Jahre um 600 Mk. bis 11 000 Mk.;
- d) für die Stadträte — einschließlich des Stadtschulrates — auf 6000 Mk. — steigend alle drei Jahre, und zwar zunächst fünfmal um 400 Mk., alsdann zweimal um 500 Mk. bis auf 10 000 Mk. Endezeit.

Der Referent empfiehlt den Antrag. Er verweist zur Begründung auf die Tatsache, daß in Halle die Magistratsgehälter geringer sind als in fast allen Städten, mit denen unsere Gemeinde sich vergleichen kann. Herr Vorsitzender Föhrling erinnert daran, daß unlängst allerdings eine Magistratsvorlage ähnlichen Inhalts abgelehnt sei, aber schon damals war für die Erhöhung eine Majorität vorhanden; man wolle nur erst den Etat dem Nachschuß näher entgegenführen. Unsere Etatsverhältnisse sind sehr schwierig. Auch daß wir kritischen Zeiten entgegengehen, daß Kriegsgefahr aufliegt, kann nicht behauptet werden. Der Vergleich mit anderen Behörden darf uns nicht führen; jede Behörde hat in ihren Besondereitungen Vorzüge und Nachteile. Die Industrie stellt auch nicht solche Ermäßigungen an; sie sucht sich die passenden Männer aus und bezahlt sie nach dem, was sie an Leistungen erwartet. Halle hat keinen Grund, in seinen Magistratsgehältern ihr mehr Zurückhaltung aufzuerlegen, als andere Städte es tun. Wir müßten die rechte Mitte halten. Und das ergibt sich, daß eine Aufbesserung des Postens des Oberbürgermeisters um 3000 Mk. das Richtige ist. Die Beförderung für die Bürgermeisterstelle mag an sich passieren können; aber Herr v. Holly ist ein so verdientes Magistratsmitglied, daß eine persönliche Zulage von 2000 Mk. als ein Akt der Gerechtigkeit erscheint. Redner empfiehlt, die Vorlage ohne Änderungen anzunehmen.

Herr St. G. Hünter: Es besteht kein Grund, heute anders abzumitteln als damals. Es wirtschaftlichen Verhältnisse sind höchstens inzwischen schlechter geworden. Fragen Sie die Geschäftsleute und die Arbeiter, ob die gegenwärtige Lage wohl ist; beide leiden unter der Miere der Steuern. Wenn unser Etat gut aussieht, so liegt das daran, daß wir der Bürgererschaft Jahre hindurch zu viel Steuern abgenommen haben und daß der wirtschaftliche Aufschwung sich in den Etatsziffern ausdrückt. Wenn der städtische Arbeiter einige Pfennige Lohn mehr verlangt, so lehnt man ab, und hier gehen die Erhöhungen gleich in die Tausende. Wir stehen vor ähnlichen Lohnkämpfen; da sollte man nicht bei den Magistratsmitgliedern so gewaltige Erhöhungen gewähren.

Herr St. Knabe: Wenn eine industrielle Gesellschaft noch so tüchtige Arbeiter hat und die Leitung ist nicht auf der Höhe, so floriert das Unternehmen nicht und es wird bald an Arbeit mangeln. Mit einer Kommune ist es nicht viel anders; auf die Leitung kommt es an. Und da muß man zusehen: wir sind mit unserer Leitung zufrieden. Ansehens dessen ist es angebracht, zu erwägen, ob die Gehälter richtig bemessen sind. Ich habe seinerzeit gegen die Erhöhung gestimmt, weil mir die Ausgestaltung der Staten nicht zusagte. Jetzt ist der Vorschlag sachdienlicher geworden und ich kann ihm generell zustimmen. Ich hätte allerdings gemüßigt, daß bei dem Gehalt der Stadträte die Zulage zuerst nur 500 Mk. und später 600 Mk. betragen müßte, also umgehrt, wie der Etatsauschluß beschlossen hat. Der Bürgermeister, der wirklich in jahreslangen langer fleißiger Arbeit für Verdienste um unsere Stadt erworben hat, würde ich gern statt 2000 Mk. eine persönliche Zulage von 3000 Mk. auszeichnen.

Herr St. Barges: Theoretisch hat es etwas für sich, den jungen Stadträten zunächst nur Zulagen von 500 Mk. zu geben und später 600 Mk. Aber es muß peinlich wirken, wenn wir hier gerade bei den Stadträten von dem überall befolgten System abweichen.

Herr St. Probst: Nach der letztgenannte abgelehnten Magistratsvorlage würde ich ein Mehrmaß von ca. 14 000 Mk. statt 12 000 Mk. beantragen. Der Antrag des Etatsauschusses bedingt 8400 Mk. Mehraufwand für den neuen Etat; bei Annahme einer Etala, wie sie Herr Knabe wünscht, sind 8060 Mk. nötig.

Herr St. Herxau: Wir waren uns vor 2 Jahren und vor 2 Jahren bei den Gehaltsregulierungen darüber einig, die Magistratsmitglieder noch etwas warten zu lassen. Jetzt ist aber der Zeitpunkt der richtigen, die Gehaltsregulierung für die Magistratsmitglieder nachzuholen. Die Arbeiter haben wir nicht veroren; die städtischen Werke sind mit ansehnlichen Lohnverhöhungen vorgegangen.

Die Anträge des Etatsauschusses werden gegen 4-6 Stimmen, je nach den einzelnen Positionen, angenommen.

Danach legt man als Punkt 2 die Etatsberatung fort. Das Kapitel „Allgemeine Verwaltung“ (Ref. Herr St. Probst) wird genehmigt.

Herr St. Probst trägt dabei, daß man auf Eingaben an den Magistrat nicht ohne Antwort demotom. Es komme allerdings vor, daß Wünsche, die in solchen Eingaben geäußert sind,

stillschweigend erfüllt werden. Aber es wäre doch richtig, wenn der Magistrat grundsätzlich in jedem Falle eine Antwort erteile.

Herr Bürgermeister v. Holly meint, die Beschwerden betreffen wohl Eingaben, die auch gleichzeitig an die Stadtverordnetenversammlung abgehen und dort in öffentlicher Sitzung erledigt werden, so daß die Bürgerchaft über das Schicksal der Wünsche durch die Sitzungsberichte orientiert würde.

Auf eine Anfrage des Herrn St. Hülsmann über die Kosten des Altersheims bemerkt Herr Bürgermeister v. Holly, daß in der Verwaltung wieder Ermäßigungen schwächen über die

Einsichtung einer eigenen städtischen Buchbinderei.

Die Erwägungen seien noch nicht abgeschlossen. Die Herren St. Hülsmann und Döhler beschweren sich darüber, daß in dem „Derksen“ am Tage der Stadtverordnetenversammlungen nur zwei Handbücher hängen; das sei viel zu wenig für 68 Stadtverordnete. (Es kommen noch 17 Magistratsmitglieder und 4 Pressevertreter hinzu! Red.) Herr St. Döhler bemerkt, in den Tagen, wo Auswahlschriften sind, seien auf der Toilette keine Handbücher, sondern kleine Bücher, die man nach Gebrauch in den Papierkorb wirft. Das sei eine rechtliche Sache. Aber der Votale habe ihm gesagt, es seien während der Versammlungen einige der kleinen Bücher weggenommen und deshalb habe man wieder lange Handbücher aufgehängt. (Beifall.)

Herr Bürgermeister v. Holly erklärt laudend: Der Votale wird wohl kaum haben andeuten wollen, daß einer der Herren an dem Verschwinden der Bücher die Schuld trägt; aber tatsächlich seien ein paar Bücher verschwunden. Wenn man statt der langen Handbücher wieder die kleinen Bücher haben wollte, so stehe dem natürlich nichts im Wege.

Der Etat wird angenommen. Herr St. Brechmer trägt den Etat der Straßenbeleuchtung vor und betont dabei, daß demnach

Dreßgas-Strassenbeleuchtung.

eingeführt werden soll für folgende Straßenzüge: Moritzwägener, Neue Promenade, Gr. Frauensstraße, Rannischestraße, Steinweg, Rannischer Platz.

Herr Stadtrat Greiler schildert die Vorzüge des Dreßgaslichtes für Straßenbeleuchtung. Das Dreßgaslicht habe auch dem elektrischen Licht gegenüber Vorzüge, z. B. ist die Behandlung der Lampen einfacher. Zum andern ist die Beleuchtung auch zur Nacht gleichmäßiger. Bei der elektrischen Straßenbeleuchtung schalten wir eine um die andere Lampe zur Nacht aus; bei Dreßgas löschen wir an der einzelnen Laterne, die ruhig weiter brennen bleibt, nur ein oder zwei Strömpe.

Herr St. Knabe rent an, auch der Landwehrstraße, die starken Verkehr hat und zwei elektrische Bahnlinien betreibt, eine bessere Beleuchtung zu geben.

Der Straßenbeleuchtungsat wird angenommen. Beweis der Art der Gartenvermittlung. (Ref. Herr St. Zell.) Beim Etat: Friedhofserweiterung (Ref. Herr St. Döhler) befragt Herr St. Hülsmann, daß auf den Friedhöfen zu viel Gräber ungepflastet seien.

Herr Stadtrat Richter entgegnet, daß die Verwallung bereits eine Statistik darüber aufnehme und Absätze vorbereite. Auf eine Anfrage des Herrn St. Emmer erklärt der Redner weiter, daß über die Frage der Wiederbelebung des Friedhofes keine Friedhofes die Polizeiverwaltung um Genehmigung eingegangen werden müsse.

Den neuen Friedhof an der Deffauerstraße können wir aber Vorsicht nach in diesem Herbst in Benutzung nehmen.

Weiter wird der Etat des Statistischen Amtes genehmigt.

Der Herr Vorsitzender bemerkt dabei, daß die Wohnungsinspektion in ihrem Berichte für Halle eine abnorm hohe Ziffer der unehelichen Geburten herausgerechnet habe: 20 Ziffer. Die Ziffer, die auch in auswärtige Nachschiffe übergegangen ist, ist unrichtig. Sollte das laut Feststellung des Statistischen Amtes nur 13 Ziffer uneheliche Geburten. Die Wohnungsinspektion hat natürlich die ortsfremden Mütter mitgerechnet. Halle steht nicht schlechter da als der Durchschnitt.

Der Herr Vorsitzender erinnert weiter daran, daß Halle lange Jahre 100-120 Proz. Steuerzufolge hatte. Es wäre eine dankbare Aufgabe für das Statistische Amt, einmal zu untersuchen,

wodurch denn die Steuerzufolge in Halle wachsen konnten bis auf 172 Proz., eine Höhe, von der sie allerdings inzwischen auf 156 Proz. gesunken sind. Ich weiß sehr wohl, daß die Lehreraufbesserung, die Erhöhung der Beamtengehälter u. a. dabei entscheidend mitgewirkt haben, aber die Statistik erscheint doch angebracht und nützlich. Man wird lo oft nach den Ursachen der Steigerung gefragt; die Statistik wird übrigens erweisen, daß die Mehrausgaben nicht unwirtschaftlich gewesen sind.

Herr Bürgermeister v. Holly erwidert, daß das Steuerbureau bereits beauftragt ist, für den nächsten Rechnungsjahrsbericht eine Statistik darüber aufzunehmen.

Danach trägt Herr St. Springer das Kapitel über Gemeindeabgaben vor. Ein Schankkonzessionssteuer sind 35 000 Mk. angelegt.

Herr St. Hülsmann wendet sich gegen die Steuer, die höchst ungleich und unbedeutend abgehafft werden muß.

Herr St. Brechmer meint, es ist unrichtig, daß für dieses Jahr an der Steuer nicht mehr zu rücken sei. Das ist nicht heilich und selbst wenn die Verammlung Aufhebung der Schankkonzessionssteuer beschließen sollte und der Magistrat träte dem bei, so könnte der Beschluß doch erst für den nächstjährigen Etat Geltung gewinnen.

Herr St. Emmer erklärt sich damit nicht zufrieden. Die Steuer müsse schon dieses Jahr aufgehoben werden. Man habe ja bei der Luftarbeitsteuer 30 000 Mk. mehr eingelegt; das sei doch schon ein Ersatz für die Schankkonzessionssteuer, denn die Luftarbeitsteuer treffe doch auch vorwiegend das Wirtschaftsgewerbe. Der Wirtstand sei nicht auf Reisen gebietet, im Gegenteil; mit Abgaben überlastet. Die Schankkonzessionssteuer sei einst mit hohen Sätzen eingestellt worden, aber man habe die Summen immer wieder ermäßigen müssen. Auch für den gegenwärtigen Etat sei der Betrag wieder 5000 Mk. geringer geworden. Magdeburg und Erfurt, auf die man lo gern exemplifiziere, hätten zwar auch die Beschlusfristfrage, aber doch keine Konzessionssteuer. Ein großer Mibstand lie es, daß die Konzession für ein Lokal nicht eher gegeben werde, ehe nicht der Vorhaber seine Konzession abgegeben habe. Das ist laut ministerieller Ausweisung ungesetzlich und trotzdem verfähre der Stadtauschuß weiter in der Weise. Die Bedürfnisfrage sei für den Wirtstand durch-

aus sein Schuß, für den man ihm eine hohe Steuer abnehmen müßte; es gebe heute noch genug Erbschaftsteuer. Redner beantragte, die Schankkonzessionssteuer schon dieses Jahr auszuheben.

Der Antrag wird abgelehnt. Ueber die eventuelle grundsätzliche Aufhebung der Schankkonzessionssteuer soll nach Festlegung des Etats verhandelt werden. Die Verammlung legt darauf im Sinne des Magistrats die Stimm

in folgender Weise fest: 156 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer. 577 Proz. des Rechnungswertes gleich 175,21 Proz. Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer. 215,76 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer. 12 Proz. Kanalabzugsgebühren.

Der Etat wird mit allen gegen die Stimmen der drei anwesenden Sozialdemokraten angenommen. Punkt 3 betrifft die Petitionen der Wirtvereine, Kellnervereine und des Allgemeinen Bezirksvereins für städtische Interessen um

Aufhebung der Schankkonzessionssteuer. Herr Springer teilt mit, daß der Etatsauschuß mit 8 gegen 4 Stimmen Uebertrag zur Tagesordnung beschloffen hat. Er empfiehlt den Antrag.

Herr St. Hülsmann stellt den Antrag, die Schankkonzessionssteuer vom nächsten Jahre ab abzuschaffen. Es entspinnt sich eine Debatte, die sich bis in die 9. Stunde hineindehnt. Die Abstimmung ist namentlich. Es stimmen

für Aufhebung: Mittelstetter, Beige, Beuge, Mumentzsch, Brechmer, Daniel, Döhler, Emmer, Grig, Giese, Gradschand, Geade, Grempler, Hünter, Helmcke, Herzfeld, Knabe, Michel, Neffe, Pfantisch, Heiling, Renner, Schachsmid, Schulze; gegen Aufhebung: Ehrenhof, Borchert, Feldmann, Föhrling, Sos, Hülsmann, Kallmeyer, Kabe, Melus, Wöner II, Weisshorn, Kabe, Neuf, Schaber, Springer, Strumpf, Zell.

Die Petitionen werden also dem Magistrat mit 24 gegen 17 Stimmen zur Berücksichtigung überwiesen.

Auf die Diskussion im einzelnen kommt wir im Abendblatt noch zurück. Die Sitzung wurde wegen vorgehrittener Zeit abgebrochen.

Seide-Berein E. B. Die in früheren Jahren durch unieren Vorhaben Herrn Junetier Tittel gehaltenen Lichtbildervereinigungen unter Seide, besonders aber seine vorjährigen Lichtbilderverträge und Auftritte in Regale-Theater und im Auditorium maximum der Universität, haben bei den Mitgliedern die großen Anklang gefunden, daß zur Belebung und Erhaltung des Vereinsinteresses auch für dieses Jahr eine gleiche Veranstaltung ermöglicht werden soll. Zu derselben hat sich Herr Tittel weiter ehrenamtlich bereit finden lassen, und zwar wird er, um für seine Befreiungen wegen der Weiterführung der Park- und Promenadenanlagen von den Fuhrerweiden über die Waldendorfer Wiesen nach der Rabeninsel Freude zu werden, in einem Lichtbildvortrage eine große Anzahl reizender Bilder unserer noch lange nicht genug genürdigten Rabeninsel und ihrer Umgebung bringen, die sicher dazu beitragen werden, die Liebe zu unserer engeren Heimat und zur Natur zu fördern. Man wird allgemein über die Schönheiten unserer Rabeninsel überflutet sein. Im Anschlusse daran wird Herr Tittel dann einen aussergewöhnlichen Spielplan kinematographischer Vorführungen (zu deutsch Lichtspiele) bringen, die vielseitige Belehrung und erbe, anregende Unterhaltung bieten werden. Er will damit versuchen, durch Einführung der Lichtbildspiele in die Unterhaltungsabende und Veranstaltungen der gutbürgerlichen Vereine und Gesellschaften vorerbend auf alle kinematographischen Vorführungen einzuwirken. Es werden Lichtspiele hundertfacher und das Regierungsabteilung unseres Kaisers ganz neue Filme von deutschen militärischen Lebnungen und Bildern aus dem Leben unseres Kaisers, sowie um Schluß neue naturwissenschaftliche Vorführungen abwechselnd mit heiteren, lustigen Lichtspielen gebracht werden. Die Veranstaltung wird am 26. b. M. abends von 8 1/2 Uhr an im großen Saale der Saalhofbrauerei stattfinden.

Der II. kommunale Bezirksverein hält Donnerstag, 20. Febr., abends 8 1/2 Uhr, eine Mitglieder-Verammlung in Burnetts Bellevue, Lindenstraße 78, ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Mitteilungen. 2. Die Synophenot und ihre Bedeutung für die kommunale Wirtschaftslage (Herr Rechtsanwalt M. Herzfeld), 3. Anfragen. Gäfte sind willkommen.

Im Kunstgewerbeverein wird Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Hotels Ulke, Alte Promenade, ein Vortrag von Herrn Kaufmann Mathies-Maximilien in Halle über Raumkunst stattfinden. Mit dem Vortrag ist die Vorführung von Lichtbildern ausgeführter Räume verbunden. Der Eintritt ist frei. Gäfte sind willkommen.

Der Christliche Verein junger Männer feiert am nächsten Donnerstag, abends 8 Uhr, im Neumarkt-Schützenhaus das 10. Jahresfest. Im Mittelpunkt des inhaltreichen Programms steht der Feiertag, den der durch seine Feiertage als Leiter der Stadtmilizen in weiten Kreisen Halles bekannter Kaiser Sinfjarmen zu halten übernommen hat. Thema: „Die Ideale der Jugend“. Programme (pro Person 10 Pf.) sind in der evangel. Buchhandlung von Gnoener und Niemann, Alte Promenade 7, im Sekretariat des Vereins, Geißstraße 29, sowie an der Abendkasse zu haben.

Schulmaderstag für die Provinz Sachsen. Von der Magdeburgischen Schulmaderinnung sind an sämtliche Schulmaderinnungen der Handwerksmeisterbezirke Magdeburg, Halle und Erfurt Aufforderungen ergangen zur Teilnahme an einem am Sonntag, den 23. b. M. in Magdeburg in der Reinigung stattfindenden Schulmaderstag für die Provinz Sachsen, der den Zweck haben soll, einen Verband der Schulmaderinnungen für die Provinz Sachsen ins Leben zu rufen. Dieser Verband soll die gemeinsamen Bestrebungen des Schulmaderhandwerks erfolgreicher vertreten, als es dem Einzelnen möglich ist.

Provincial-Nachrichten. Dittau, 17. Febr. (Denneschäft.) Am vergangenen Sonntag nachmittag streifte der Forstmeister des Fürstlichen Jagdreviers aus Dittau mit geladener Kiste durch das Gehölz. Nächst ging der Schuß los und zehnminütiger dem Vermitteln die Hand. Der Verband der Schützen angelegt war, konnte nicht

gelt werden wegen der starken Blutung und der unglückliche junge Mann mag die der Salzfäule Klinik zugewiesen werden.

Waltwig, 17. Febr. (Zungendrüsenland.) Am letzten Sonntag fand ein interessantes Geseht zwischen den Abteilungen Wigen, Wismuthal und Waltwig statt, das sich zwischen Waltwig und Bienenfeld abspielte.

Waltwig, 17. Febr. (Städtisches.) In der letzten Sitzung der Stadtkommission wurde ein neuer Bebauungsplan des Marktes genehmigt, der das gesamte Areal von dem Markthaus bis in der Straße bis zur Zehlfelder Höhe in Bauquartiere einteilt. Dann wurde beschlossen, hier eine Gießerlei zu errichten. In Veranlassung einer in der Stadtkommission vorliegenden Antragsfrage hat der Magistrat ein Verzeichnis der in der weiteren Umgebung bestehenden Ziegeleien aufgestellt. Von 26 Orten befindet sich 10 in unmittelbarer Nähe der Ziegelei. Bei Verapredung der Angelegenheit der Ziegelei wurde aus der Mitte der Verammlung darauf hingewiesen, daß sich die Preise der Ziegeleien in der letzten Zeit auf 30 bis 40 Mark pro Zentner ermäßigt hätten, und daran die Hoffnung geknüpft, daß die Ziegeleierneuerung nunmehr ihr Bestreben einleiten und womöglich die Preise für Klinkerziegel entsprechend ermäßigen könnten.

Zeitz, 17. Febr. Sprung aus dem Fenster. Am Sonnabend vormittag sprang der Kaufmann Robert Käßiger aus seiner im zweiten Stockwerk des Hauses Wendenberg 6 gelegenen Wohnung. Er wurde schwer verletzt aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht. Er soll die Tat in geistiger Unmächung begangen haben.

Witten, 17. Febr. (Das Wintervergnügen des Landwirtschaflichen Vereins) wurde am Sonnabend abend unter ansehnlicher reger Beteiligung von nach und fern im „Deutschen Saal“ abgehalten. Nach einigen Konzerten der Orchesterkapelle erreichte eine größere Anzahl heiferer junger Herren und Damen durch die vier theatralischen und Gesangsaufführungen: „Die heimliche Ordnung“ (von Garrow), „Die hübschen Holländerinnen“ (von Krenmann), „Aus der Biedermeierzeit“ (von Krenmann) und „Die heimliche Ordnung“ die höchste Erregung. Ein flotter Walz hielt die Anwesenden bei frohlicher Stimmung bis in die Morgenstunden besessenen.

Torgau, 17. Febr. (Kanal Leipzig-Eilenburg-Berlin.) Dem Kanalprojekt Leipzig-Berlin über Eilenburg, Torgau und Potsdam hat die Potsdamer Stadtkommission am Sonntag genehmigt. Die Ausführung des Projektes unter Benutzung des Wasserlaufs der Ruppe würde die Verhältnisse der Ruppe in einer für Potsdam sehr günstigen Weise regeln. Die Stadt hat sich daher zur Förderung des Projektes bereit erklärt.

Burg, 17. Februar. (Das Kreiskrankenhaus.) Das einen Kostenaufwand von etwa 460 000 Mark erfordert, wird am 1. April d. J. eröffnet.

Magdeburg, 17. Febr. (Zum Streif der Eischiffer) wird der Magdeburger, 34. aus Schiffsfahrtsreisen nach mitgeteilt, daß als Erfolg der ausfindigen Auswanderer bis zu 100 Arbeitswillige gemeldet haben, daß der Ein- und Auslaßbetrieb im hiesigen Eischiffahrtsweg vollständig aufreht erhalten werden kann.

Wägnitzerode (Südharz), 17. Febr. (Schulrevidenten.) Am vorigen Montag revidierte der Herr Königl. Kreisinspektors Huth in Mansfeld die 3 Klassen der hiesigen Schule und am Abend von 7-9 Uhr die Fortbildungsschule. Am Dienstag vormittag wurden dann auch die Schulen im benachbarten Dauterode einer Revision unterzogen.

Schiele (Harz), 17. Febr. (Wetterbericht.) Minus 6 Grad. Neuschnee 20 Ztm. Eis, Nebel, Hochschneepart.

Johannesei Rurhus bei Jellerfeld im Harz, 17. Februar. (Wetterbericht.) Morgens 8 Uhr 3 Grad Kälte; Nordwestwind; dauernder Schneefall; herrliche Winterlandschaft; Stille ohne gut. Täglich Witterung, abends bei elektrischer Beleuchtung.

Oberniesenthal, 17. Febr. (Brand eines Hotels.) Das in Winterportweifen wohlbekannte Hotel „Stadt Karlsbad“ in Oberniesenthal brannte vollständig nieder. Das Feuer brach im Dachstuhl des Hotels aus, das jetzt mit Winterportweifen voll besetzt ist. Es soll auf Brandstiftung zurückzuführen sein. Ein der Tat verdächtiger Mann ist bereits verhaftet worden. Das Eigentum der Hotelgesellschaft konnte gerettet werden. Der Schaden des Hotelbesizers ist sehr groß.

Ordnungsvereinigungen. Der König verließ dem Oberlandesdirektor Karl Lauterberg zu Merseburg den Königl. Kronenorden vierter Klasse; dem Kreisdiener Andreas Couard Hübener zu Magdeburg-Wittenberg das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens; dem Geheimen Regierungsrat Professor Dr. von Dettungen, Direktor des Goethe-Nationalmuseums und des Goethe- und Schiller-Instituts in Weimar, den Roten Adlerorden dritter Klasse; dem Hofkapellmeister Peter Kaabe zu Weimar den Roten Adlerorden vierter Klasse; dem Generalintendanten des Hoftheaters und der Hofkapelle in Weimar, Kammerherrn v. Schraach, den Königl. Kronenorden zweiter Klasse.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulinrichten.

Zur das Fach der Nüngenologie habilitierte sich an der Universität Kötter Dr. med. Albrecht Buchard mit einer Schrift: „Die rüngenologische Nüngenologie“. In der Antrittsvorlesung sprach er über: „Die Entwidlung der Nüngenologie“. Als Privatdozent für innere Medizin habilitierte sich in Königsberg i. Pr. der Oberarzt an der dortigen medizinischen Klinik Dr. med. Friedrich Meyer mit einer Antrittsvorlesung über photodynamische Wirkung. — Im Wiener Sanatorium Löw starb der bekannte Wiener Chirurg Prof. Dr. Rudolf Frank im Alter von 51 Jahren. Er hatte erst vor einigen Tagen das Sanatorium aufgesucht. Er war von einer schweren Lungenentzündung befallen, und sein Befinden gab schon vorsehern zu den ersten Befürchtungen Anlaß.

Zur Errichtung einer Professur für Musikwissenschaft an der Jener Universität ist zu berichten, daß der akademische Vizepräsident Prof. Dr. Fritz Stein in Jena jetzt einen Lehrauftrag für Musikwissenschaft an der Jener Universität erhalten hat. Zugleich tritt er als außerordentlicher Professor in den Lehrkörper der philosophischen Fakultät ein. — In den Berliner Museen findet zu Wern dieses Jahres vom 27. März bis zum 3. April ein archäologischer Ferienkurs für Lehrer an höheren Lehranstalten statt. Geleitet werden halten: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. E. Mann, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. D. Lehmann und andere. Aufschluß über die Vorträge werden Führungen veranstaltet, so durch die Papirusammlung, durch die nordasiatische Abteilung, durch die im Museum für Vögelkunde befindlichen vorgezeichneten Altertümer, einschließl. der trojanischen. — Die Statutar-Künstlerchaft der Provinz ist anläßlich der Einweisung des neuen Kunstausstellungsbauwes am 28. März ein Schreiben und Aufzählung, um dem König den Dank der Künstlerchaft für

die Errichtung der neuen Heimstätte ihrer Werke zum Ausdruck zu bringen. Bei dem Feste wird ein Festspiel nach einer Dichtung des Gemäldegaleriedirektors Prof. Dr. Max Diez zur Ausführung kommen. — Die Kgl. Akademie der Wissenschaften zu Berlin hat drei hervorragende Botaniker, Prof. Hugo de Vries, den Amsterdamer Pflanzenphysiologen, Prof. Dr. Karl von Göbel, den Ordinarius für Botanik an der Münchener Hochschule, und den Professor an der Tübingener Hochschule Prof. Hermann Böttching zu korrespondierenden Mitgliedern der physikalisch-mathematischen Klasse gewählt. — Auf dem 9. Kongress amerikanischer Ärzte und Chirurgen, der am 6. und 7. Mai d. J. in Washington stattfand, wird Prof. Dr. med. Schölander in München auf Aufforderung des Kongresses das Referat über eines der Hauptthema, das Studium der Nierenfunktion, erstatten. Das zweite Hauptthema lautet: Ueber die Entwidlung der Niere in vitro. — Der Leiter des Elisabeth-Krankenhaus in Kassel Dr. Franz Kühn wurde zum Direktor und leitenden Arzt der chirurgischen Abteilung des neu erbauten St. Norbert-Hospitals-Hauptstraße in Berlin-Schöneberg berufen.

Theater und Musik.

Ein posthumer Theatererfolg.

Aus Heibelberg wird uns unter dem 12. Februar geschrieben: Samuel Lubinski, der 1910 verstorbenen osterreichische Kritiker und Dramatiker, kam heute am hiesigen Stadttheater zum überaus ersten Male auf der Bühne zum Wort. Von seinen sechs hinterlassenen Dramen — drei sind davon im Schauspielhaus erschienen — brachte der Direktor Johannes Meißner des Heibelberger Stadttheaters das letzte und bedeutendste zur Ausführung. In der Tragödie „Kaiser und Kanzler“ geht Lubinski durchaus eigene Wege. Zwei großzügig umrissene Gestalten heben sich auf dem mittelalterlichen Hintergrund seines Dramas ab. Einer der Helden ist im Kampfe zwischen Kaiser und Papsttum, der gemaltige Feindschaft zwischen dem genialen Hofsekretär Friedrich II. und dem Papst Gregor IX. dient als Stoffe Stoffe für das eigentliche Problem Lubinskis: den Kampf zwischen Friedrich II. und seinem Kanzler Peter von Sines. Der Dichter entwirft sich dabei weit von der historischen Wirklichkeit und verlegt uns in jene idealen Epochen, die Lubinskis ganzes dramatisches Schaffen kennzeichnen. Der Dichter gestaltet eine Tragödie des Vertrauensbruchs, die sich zwischen den beiden Hauptgestalten abspielt. Friedrichs Vertrauen in seinen Kanzler ist grenzenlos, und eben deshalb kann er eine Täuschung dieses Vertrauens nie vermeiden. In der Geschichte ist Peter ein gewöhnlicher Betrüger, der an einer Verführung gegen den Kaiser teilnimmt. Bei Lubinski ist er nur ein ideell Abtrünniger. Er teilte bisher des Kaisers Weltanschauung, der als Verkörperer der hereinbrechenden Renaissance dargestellt ist und als ein Individualist im Sinne der Zarathustralehre Nietzsches das Evangelium predigt, daß jeder Mensch Gott sein solle. Nun sieht Peter das Reich vom Untergrund bedroht, und der Friede des Kaiserreiches und die Klugheit, mit der er den Frieden erhält, geht ihm über die Idee seines Lehrers und Kaisers. So wird er, ohne ein Betrüger im gemeinen Sinne zu sein, ein Abtrünniger, und Friedrich, aus Schmerz und Mitleidenschaft heraus, läßt ihn, der sein größtes Vertrauen täuscht, tödenden. Der Schluß bringt eine Verführung. Der Kaiser und Peter, beide müßen ihre Schwächen einsehen, und sterben erliegen sie so einen Sieg über sich selbst. ... Die Tragödie hat vor allem den Fehler, daß das Gemotke und Konstruierte zu sehr hervortritt. Die Idee des Dichters scheint immer über den Personen. Zudem gesplittert sich das Interesse an den beiden Helden. Zudem gesplittert sich das Interesse an dem Nebenhand, immer mehr wird aber das Interesse an ihm verdrängt, und schließlich konzentriert sich alle Anteilnahme auf die Gestalt des Kanzlers. Jedenfalls kann man aber sagen, daß Lubinski zu den geborenen Dramatikern gehörte; sein Schicksal enthält Aufreißer zum hinterhebender dramatischer Wucht. Die Aufführung, die sorgfältig einstudiert war, vermochte hauptsächlich durch die Darsteller der beiden Hauptfiguren (Koch und Hoffardt) Interesse zu erwecken. Das Interesse und der Beifall wuchsen von Akt zu Akt. H. O. R.

Bühnenchronik.

Das Weimarer Hoftheater macht auf die Aufführungen von „King der Nibelungen“ besonders aufmerksam. Die Aufführungen stehen auf einer bemerkenswerten künstlerischen Höhe. Durch den frühen Beginn und den zeitigen Schluß der Vorstellungen wird es vielen Interessenten zum ersten Male ermöglicht, das grandiose Werk Richard Wagners im Zusammenhange zu genießen, woraus eine erhebliche Steigerung des Genusses erwächst. Die Vorstellungen finden statt: Dienstag, den 18. Febr., „Das Rheingold“ (6 1/2-9 Uhr), Donnerstag, den 20., „Die Walküre“ (4 1/2-9 Uhr), Dienstag, den 25., „Siegfried“ (4 1/2-9 Uhr), Sonnabend, den 1. März, „Götterdämmerung“ (4-9 Uhr). „Der Erbeherbe“, ein fantastisches Schauspiel von Dettmer Heinrich Sarnetzki, wurde durch Vermittlung des Theaterverlags Couard Bloch vom Schauspielhaus in Köln und dem Stadttheater in Düsseldorf angenommen.

Der Königl. Kuchische Hofopernsänger Joseph Hötel wurde durch die Betriebsgehilfen der Kurfürsteneroper in Berlin als Oberregisseur verpflichtet.

Letzte Depeschen.

Frankreichs Rüstungen.

Paris, 18. Febr. Wie der „Temps“ meldet, wird die Regierung in nächster Woche drei wichtige Gesetzesvorlagen, betreffend die Vermehrung des französischen Landheeres, einbringen. Es wird zunächst ein bringender außerordentlicher Kredit von 70 bis 80 Millionen Franc verlangt werden, der dazu bestimmt ist, noch vor Jahresfrist die auf mehrere Jahre verteilte Verkleinerung des französischen Heeres, hauptsächlich der besetzten Plätze und des Artillerieparkes vorzunehmen. Ein zweiter Kredit von circa 500 Millionen Franc zu weiteren Rüstungsreformen, betreffend die Artilleriemunition und Militär-Aufschiffahrt. Alle Reformen sind so schnell als möglich durchzuführen. Ferner soll das Kapitulationsgesetz und die Rekrutierung in Algier, Tunis, Marokko und den anderen französischen Kolonien ergebiger gestaltet werden. Der Kriegsminister wird jedoch aufgefordert, die notwendigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, um die ins Auge ge-

fahnen Reformen so schnell als irgend möglich durchzuführen.

Außerordentliche militärische Ausgaben Oesterreichs.

Wien, 17. Febr. Die Budgetkommissionen übereinstimmend: Der geistliche Minister, der heute fortgesetzt wurde, beschäftigte sich zunächst mit wirtschaftlichen Angelegenheiten, insbesondere mit der Neuordnung der Handelsbeziehungen mit den Balkanstaaten, wobei namentlich die Serbien und Bulgarien zu gewährenden Begünstigungen und die von ihnen zu fordernden Gegenleistungen eingehend erörtert wurden. Sodann beschäftigte sich der Minister, nachdem Graf Berchtold über die augenblickliche internationale Lage Erklärungen abgegeben hatte, mit außerordentlichen militärischen Ausgaben, die mit der Kräfte zusammenhängen und sich auf etwa 400 Millionen belaufen sollen. Diese Mehrausgaben können vorläufige Weise aus dem Kaiserlichen Kreditoperation nicht notwendig erscheinen. Den im Mai zusammenzutretenden Delegationen würden die Nachtragssubvention für 1912/13 in Höhe von etwa 480 Millionen unterbreitet werden, nämlich Kredite für das Heer 41, für die Marine 40 und für Ueberreitungen 400 Millionen.

Vor Stutari und Adrianopol.

b. Cetinje, 17. Febr. (Aus amtlicher montenegrinischer Quelle.) Die montenegrinische Artillerie der Kolonne Martinowitsch bombardiert von verschiedenen Stellen Stutari, wobei sie darauf Bedacht nimmt, daß die Geschosse nicht in die Stadt fallen, in der auf einer großen Zahl von Häusern weiße Zäune stehen. Die Türken errichteten Verhinderungen in aller nächster Nähe der Stadt.

b. Konstantinopel, 17. Febr. Ein offizieller Kriegsbericht besagt: Die geistliche Nacht verlief in Adrianopol ruhig. Am Tage hatten die Feinde 150 Schiffe gegen die Stadt abgegeben. Vor Sultan ist keine Veränderung eingetreten. Vorgehen richte auf der Frontaloffensive eine feindliche Kolonne gegen Ischlitz. Sofas vor und erhebt ein Feuer gegen Osmanli, das sich 14 untern Säulen befindet. Wir haben sofort die nötigen Vorkehrungen getroffen. Diese feindliche Kolonne begann gestern mit der Besetzung der Hügel westlich von Sofas. Somit ist keine Veränderung zu verzeichnen.

Eine offiziöse Stimme zur rumänisch-bulgarischen Frage.

b. Bukarest, 17. Febr. Der „Ältesten Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Die Aussicht auf eine direkte Einigung zwischen Bulgarien und Sofia ist nicht ganz geschwunden; doch wäre es natürlich verfehlt, den Ernst der Lage zu übersehen. Die letzten bulgarischen Angebote könnten den Anlaß zu einem weiteren unmittelbaren Meinungsaustrausch bieten. Wenn eine Einigung hierüber nicht zu erzielen ist, so ist es sicher annehmender, daß vor dem völligen Abbruch eine Vermittlung eintritt.

Rumänien militarisiert die Bahnbeamten.

Bukarest, 18. Febr. Die Kammer hat ein Gesetz angenommen, durch das Eisenbahngehelfe abgemindert werden soll. Nach dem neuen Gesetze soll im Kriegsfall das gesamte Eisenbahnpersonal militarisiert werden.

Des Kaisers Beileid für Scott.

London, 18. Febr. Der Deutsche Kaiser hat durch den Botschafter dem König sein herzlichstes Beileid und seine Anerkennung für die Helden der Scottschen Südpolexpedition ausgedrückt lassen.

Die Teuerungsvorlage für die reichsständischen Beamten.

b. Straßburg, 17. Febr. Die Denkschrift über die Teuerungsvorlage, die bis zur Verabschiedung des Besoldungsgesetzes den Beamten eine Gehaltsszulage garantieren soll, ist von der Regierung fertiggestellt worden. Die Teuerungszulage wird bei den unteren Beamtenklassen 10 Proz. des Gehalts betragen und sich nach oben entsprechend vermehren. Die höheren Beamtenkategorien sowie die mittleren Beamten mit einem Gehalt von 5000 Mk. aufwärts werden von der vorläufigen Aufbesserung nicht berührt.

Die Panamakanal-Gebühren.

Washington, 18. Febr. Der Abänderungsvorschlag des Senators Root zum Panamakanalgesetz auf der Bestimmung, die für im Küstenballen tätige amerikanische Schiffe Gebührentfreiheit stellt, ist vom Senatkomitee für interozeanische Wasserstraßen abgelehnt worden.

Güldlich im Hafen.

Marzelle, 18. Febr. Wie aus Marzelle gemeldet wird, ist der Holidampfer „Wille D'Unger“ wohlbehalten im Hafen eingetroffen. Die 24stündige Verpöpfung ist darauf zurückzuführen, daß der Dampfer bedeutend später abgefahren ist.

Vermischte Drahtnachrichten.

b. Hamburg, 17. Febr. Der Aufsichtsrat der Norddeutschen Bank in Hamburg hat beschlossen, der am 13. März stattfindenden Generalversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 10 Proz. im Vorjahre, vorzuschlagen. Der Bruttogewinn beträgt 8.844.625 Mk., der Gewinn nach Abzug der Verwaltungskosten, Steuern usw. 6.432.006 Mk.

b. Paris, 17. Febr. Die Stimmung der Börse war heute schwach. Die Erörterungen der beabsichtigten Erhöhung des deutschen Truppenbestandes veranlassen Realisationen. Bei fortwährender Zurückhaltung der Spekulation zeigte sich dem Angebot gegenüber wenig Widerstandsfähigkeit. Die Kurse wagen unter vielfachen Engagementslösungen dadurch nach, wobei auch unkontrollierbare Gerüchte beitragen.

Redaktionsleitung Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Prominenznachrichten, Bericht, Handel: Eugen Brinkmann; Zeitungen, Vermischtes usw. Artikel: Dr. Karl A. B. für den Anzeigenteil: Albert F. K. Druck und Verlag von Otto G. Schmidt in Halle a. S. — Diese Nummer enthält 8 Seiten —

Vermischtes.

Eine Lehrerin, die aus der Schulklasse entführt wurde

Ein merkwürdiger Fall von Entführung eines jungen Mädchens hat sich jüngst in Hannover am Staate Tempel zugetragen.

Die Familie der Miß Selß war nämlich mit der Berufswahl des Mädchens durchaus nicht einverstanden und ludte es auf alle Weise dazu zu bringen, daß es die Tätigkeit in der Schule aufgäbe.

Neue Enthüllungen über die Eryngin von Neapel.

Im Rezipier Blatt „Marino“ antwortet Abbé Tebeschi auf die Veröffentlichungen Carlo Malato's im „Gil Blas“ mit neuen Enthüllungen über die Beziehungen der neapolitanischen Eryngin Marie Sophie zu prominenten Neapolitanern, von denen einer sogar mit dem Königssohn von Neapel in Verbindung stand.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle in e n a u, Montag, 17. Februar, 8 Uhr morgens.

Lufdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Ein flacher Ausläufer des süßlichen Tiefs hat entgegen der Erwartung geringen Schneefall und Trübung verursacht, doch wird der Einfluß des Hoops wieder zunehmen und bei östlichem Wind Aufheiterung und Käite eintreten.

Witterungsaussicht für den 18. Februar.

Abnehmende Bewölkung, schwacher östlicher Wind, kälter, vorwiegend trocken.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes. (Nachdruck verboten.)

- 10. Februar: Nebel, bedeckt, leichtfall. Frost.
20. Februar: Kalt, wolfig, vielfach trübe.
21. Februar: Kalt, wolfig, teils heuer.

Meteorologische Station.

Table with columns for date and time, and rows for barometer, thermometer, humidity, and wind.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“ 3 Uhr 15 Minuten. Kredit 197,12. Diskonto 188. Deutsche Bank 254,25. Berliner Handelsgesellschaft 166,75.

141,25. Orenstein & Koppel 199,37. Orientbahn 178,75. Tendenz: Matt.

Am Kassamarkt notierten höher: Düsseldorfer Maschinen 3,90; niedriger: Deutsche Erdöl-Ges. 4. Adler-Fahrrad 11. Karl Berg 4,80.

Zum Kursnotiz. Berlin, 17. Februar.

1. Bayerische Staats-Anl. 99,00. 2. Bayerische Staats-Anl. 99,00. 3. Bayerische Staats-Anl. 99,00.

Der Rail-Kuxenmarkt.

Table with columns for location, quantity, and price for various rail-related items.

Vom internationalen Zuckermarkt.

Die abgelaufene Berichtswoche brachte den Zuckermarkt nur wenig Anregung, und die Umsätze blieben gering. Es macht sich sichtlich überall Unlust bemerkbar.

Die Statistik zeigt folgende Veränderungen: Der Hamburger Lagerbestand wurde um 41 700 (Vorjahr 140 000) Sack herabgesetzt und beträgt jetzt noch 713 900 (Vorjahr 447 500) Sack.

Am Kornzuckermarkt war die Tendenz größtenteils ruhig bei abrückenden Preisen. Die Inlandraffinerien verhielten sich ebenso abwartend wie der Ausfuhrhandel.

Wagenstellung im mitteldeutschen Braunkohlengebiet.

Auf den Stationen der Königlich Eisenbahndirektionsbezirke Erfurt, Halle a. S. und Magdeburg sind am 15. Februar zur Verladung von Braunkohlengestein, Nassprezessionssteinen und Braunkohlengestein 6072 nicht gestellte Wagen zu je 10 t Ladegewicht, davon entfallen auf die Stationen des Direktionsbezirks Halle a. S. der Lausitzer u. Zechpaul-Pinstorfer Bahn 4096 Wagen (nicht gestellte 1).

den anschließenden Privatbahnen sind am 15. Februar zur Verladung von Braunkohlengestein, Nassprezessionssteinen und Braunkohlengestein 6072 nicht gestellte Wagen zu je 10 t Ladegewicht, davon entfallen auf die Stationen des Direktionsbezirks Halle a. S. der Lausitzer u. Zechpaul-Pinstorfer Bahn 4096 Wagen (nicht gestellte 1).

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 17. Febr. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 193,00-198,00 ab Bahn u. frei Mühle. Roggen inländ. 166,00-168,50 ab Bahn u. frei Mühle.

Zucker.

Magdeburg, 17. Februar. Stetig. Febr. 9,65. März 9,67 1/2. April 9,75. Mai 9,87 1/2. August 10,17 1/2. Oktober-Dez. 9,92 1/2.

Kaffee.

Hamburg, 17. Febr. Godo average Santos vorm. nachm. abends per März . . . 9,65 9,65 9,65 M.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 17. Febr. Prima Kartoffelstärke und -mehl für 100 kg 28,00-29,50. Fest.

Eier.

Berlin, 17. Febr. Eier pro Schokk: Vollfr. ausländ. Sorten - - - - - 4,40-4,45. Kalkteier - - - - - 3,50-3,75.

Festwaren und Oel.

Hamburg, 17. Febr. Stadtschmalz 64,00, amerikan. Steam 55,00, Chamberlain 56,00.

Spiritus.

Nordhausen, 17. Febr. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104-105 l) 81,75-82,75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 93,75-94,75 M.

Wolle.

Bremen, 17. Febr. Baumwolle Up. loko middl. 63,75. Liverpool, 17. Febr. Baumwolle, Umsatz 7 000 Ballen.

Metalle.

London, 17. Febr. Chili-Kupfer trägt 64 1/2, 3 Mon. 64 1/2. Zinn, Straits fest 221, 3 Mon. 218.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Inden.

Table with columns for location, date, and price for various commodities.

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level.

Isar, Eger, Elbe, Moldau.

Table with columns for location, date, and water level.

Berliner Börse, 1. Febr. 1913

Main table containing various stock market listings, including sections for 'Deutsche Fonds', 'Deutsche Hypoth.-Pfund.', 'Eisenbahnen', 'Schiffahrts-Anstalten', 'Industrie-Aktien', and 'Metall-Korper'. Each section lists company names, stock types, and their respective values.